

Zugestellt durch Post.at

Rund um uns 27. Jahrgang
 Folge Nummer 1
 Jänner 2015
 GZ02Z033303S
 SponsoringPost

Zahlen

Die Bearbeitung eines **Asylantrages** kostet dem Staat (= Steuerzahler) **1.485 Euro**.
 (Quelle: Parlamentarische Anfragebeantwortung der Innenministerin)

2014 stieg die **Zahl der Asylanträge** um **mehr als 60 %** auf über 28.000. Im Schnitt werden ca. 80 % davon abgelehnt, müssen aber zuvor bearbeitet werden. In der **ersten Jännerwoche 2015** stieg die Zahl der Anträge gegenüber dem Vorjahr um **365 %** an!

Mehr als **75 %** der Antragsteller sind **Männer**.

Das Asylantenheim Erdberg war als „Zentrum für Familien aus Syrien“ angekündigt. Von den dort untergebrachten 347 Flüchtlingen sind tatsächlich nur 49 Personen (11,4 %) im Familienverbund. (Quelle: Parl. Anfragebeantwortung der Innenministerin)

Im Jahr 2013 sind **3.601** Antragsteller einfach **untergetaucht** (Quelle: Parl. Anfragebeantwortung der Innenministerin)

2010 waren es **2.964**, im Jahr 2011 **2.367** und 2012 waren es **2.625**, die nun irgendwo **illegal** als „U-Boote“ leben.

FPÖ/OÖ/Offenlegung § 25 Mediengesetz
 FPÖ-Oberösterreich: Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz
 Uti.: Freiheitlicher Pressedienst (fpd) - Landesausgabe Oberösterreich
 Linz, 2015-01-08 (fpd Nr. 1) - Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Landesgruppe Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz zu 100 Prozent
 Vertreten durch Landespartei Vorstand: LR Dr. Manfred Haimbuchner, KO Mag. Günther Steinkellner, GR Alois Affenzeller, Bgm. Peter Bahn, BR Hermann Brückl, 3. Präs. DI Dr. Adalbert Cramer, NAbg. DI Gerhard Deimek, SIR Ing. Michael Fischer, NAbg. KR Alois Gradauer, NAbg. Ing. Heinz Hackl, NAbg. Mag. Roman Haider, GR Christian Hartwagner, NAbg. Anneliese Kitzmüller, LAbg. Bgm. Ing. Wolfgang Klingner, SIR Gerhard Kroiß, LAbg. Ing. Herwig Mahr, LAbg. Alexander Nerat, MEP Mag. Franz Obermayr, NAbg. KR Elmar Podgorschek, Vzbgm. Dr. Walter Ratt, LAbg. David Schießl, LGF Hubert Schreiner, LAbg. GR Ulrike Wall, SIR Mag. Detlef Wimmer, SIR Dr. Helmut Zöttl; Redaktion: Birgit Thurner
 Grundlegende Richtung: Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) beschlossen am Programmparteitag am 18. Juni 2011 in Graz.

Neuhofen Asyl? Ja, aber ...

Derzeit gehen die Wogen hoch in Neuhofen. Die Gruppe „Herberge Neuhofen“ setzt sich – unterstützt von drei politischen Parteien und den Kirchen – dafür ein, Asylanten in Neuhofen anzusiedeln. Die FPÖ Neuhofen macht bei diesem Projekt nicht mit. Da es bei uns viele Anfragen nach dem „Warum“ gab, möchten wir Ihnen unsere Gründe dafür erläutern.

Hilfe ja, aber ...

Die FPÖ bekennt sich selbstverständlich dazu, bedrohten und bedrängten Menschen aus Kriegsgebieten Asyl zu gewähren. Wenn aber ca. **80 % Wirtschaftsfüchtlinge** sind, die den tatsächlich Bedrohten die immer knapper werdenden Ressourcen streitig machen, muß etwas getan werden!

Die eindeutige Haltung der FPÖ dazu entnehmen Sie einer Stellungnahme von Bundesparteiobmann HC Strache auf der Rückseite!

Die Zahlen explodieren!

Im Jahr 2014 **stieg die Zahl der Asylanträge um 60 % gegenüber dem Vorjahr an**, in der ersten Jännerwoche waren es um **365 % mehr als im Jänner des Vorjahres!**

Bemerkenswert:

Rund 80 % davon werden abgelehnt, wurden also zu Unrecht gestellt. Mehr als **75 % der Antragsteller sind männlich**. An dritter Stelle der Statistik stehen „Asylsuchende“ aus dem Kosovo. Nun werden die Plätze knapp, und vielen Gemeinden werden – um die „Quote“ zu erfüllen – Asylanten zugeteilt.

Was uns dabei stört, ist speziell die Vorgangsweise. Viele Bürgermeister werden zu spät über die zu erwartenden Flüchtlinge informiert. In nicht erst einem Fall erfolgte die „Zuteilung“ überfallsartig. Dabei wird häufig vorher gesagt, es handle sich um Familien mit

Kindern aus Kriegsgebieten. Erst kurz zuvor wird erklärt, es werde sich doch um „junge Männer“ handeln (logisch, wenn mehr als 75 % der Asylantragsteller männlich sind!).

Zu viele offene Fragen

Ähnlich ging es auch in Neuhofen vor sich. Zuerst wurden „zwei christliche Familien aus Syrien mit Kindern“ angekündigt. Dann plötzlich wurden daraus „bis zu 30 junge Männer“. Woher die kommen, welchen Hintergrund sie haben, wie lange sie bleiben, ob noch weitere kommen, wenn ja, wie viele – und welche Folgen (und Kosten) dann auf Neuhofen zukommen – auf alle diese Fragen gibt es keine Antwort.

Wir finden das nicht in Ordnung! **Es gibt zu viele Unklarheiten und Unsicherheiten**. Die Bevölkerung und die Anrainer sollen vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Durch entsprechende Vorfälle in anderen Gemeinden weiß man, daß es auch zu erheblichen Folgeproblemen kommen kann. Hätte man die Bevölkerung entsprechend vorab informiert, wäre das Verständnis sicher größer. Aber durch die gewählte Vorgangsweise können wir einem solchen „Abenteuer mit vielen Unbekannten“ vorerst nichts abgewinnen.



Flüchtlingsboot auf dem Weg nach Europa.

© Wikipedia, lizenzfrei

HC Strache: Asyl: Grenzkontrollen einführen und Asyl- aufnahmezentren an den EU-Außengrenzen schaffen

„Die verfehlte Asylpolitik der ÖVP-Innenministerin nützt nur zwei Gruppierungen: Der Asyl-Industrie, die mit der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen gute Geschäfte macht, und Wirtschaftsflüchtlingen, die echten Flüchtlingen den Platz ‚versitzen‘“, kritisiert FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache, der die sofortige Einführung von Grenzkontrollen fordert.

Auch müssten endlich Asyl-
aufnahmezentren an den
EU-Außengrenzen geschaffen
werden.

Wer tatsächlich Asyl, also
„Schutz auf Zeit“ brauche, der
bekomme diesen selbstver-
ständlich in Österreich. Aller-
dings würden rund 80 % der
Asylverfahren negativ beschie-
den. Der Großteil der Asylwer-
ber seien somit Wirtschafts-
flüchtlinge, die vielfach über
sichere Drittstaaten nach
Österreich kämen, weil sie sich
einen besseren Lebensstandard
erhoffen würden. Menschlich

sei das verständlich. Aber es
sei nicht nur die Aufgabe des
Staates, dafür zu sorgen, daß
„echte“ Flüchtlinge den Schutz
erhalten, der ihnen zustehe,
sondern auch, daß das Asyl-
recht von anderen nicht als
Sprungbrett ins Sozialsystem
mißbraucht werden könne.

„Österreich hat ein ausgezeich-
netes Sozialsystem, daher sind
wir ein beliebtes Ziel für
„Schein-Flüchtlinge“. Grenz-
kontrollen sind ein wirksames
Mittel, weil illegale Einrei-
sende in sichere Drittstaaten
zurückgeschoben werden kön-
nen“, so Strache.

Außerdem sollte die Dublin-
Verordnung, wonach der erste
Mitgliedstaat, den ein Asylwer-
ber betrete, für dessen Überprü-
fung zuständig sei, konsequent
umgesetzt werden – dann hät-
ten wir in Österreich nicht die-
ses Problem.

„In Bayern werden bereits
Rufe nach Grenzkontrollen
laut, da Italien Flüchtlings-
ströme nach Norden, also
Deutschland und Österreich,
durchlasse. Österreich muß
Schengen aussetzen, nur so
kann man die Situation in ei-
nem ersten Schritt zumindest

ansatzweise in den Griff be-
kommen“, so Strache.

Langfristig gesehen spricht
sich der FPÖ-Bundesparteiob-
mann für Asylaufnahmezen-
tren an den EU-Außengrenzen
aus:

„Tatsächlich Verfolgten sollte
die humanitäre Hilfe möglichst
nahe an ihrer Heimat geleistet
werden. Damit würde man der
Schlepperindustrie zumindest
teilweise die Existenzgrund-
lage entziehen und für Flücht-
linge wird eine spätere Rück-
kehr in ihre Heimat einfacher“,
betont Strache.

The advertisement features the FPÖ logo at the top left. The main text reads: "Mach mit: Unsere Heimat braucht DICH!". Below this, it says "Deine Heimatliebe. Deine Berufung." and "Hier könntest Du stehen!". At the bottom, it provides the email address "E-Mail an: office@fpoe-neuhofen.at". The background shows two men in suits, one of whom is partially obscured by a blue silhouette of a person's head and shoulders.

Sie haben (k)eine Wahl!

Wer bei der nächsten Gemeinderatswahl FPÖ wählen möchte, kann dies womöglich nicht tun. Warum? Ganz einfach: Es müssen genügend Menschen zur Verfügung stehen, die sich der Wahl stellen, die im Falle des Wahlerfolgs auch in den Gemeinderat einziehen und dort für Neuhofen mitarbeiten wollen. Durch Absiedlungen, Todesfälle und altersbedingte Rückzugsabsichten ist die zahlenmäßig ohnehin kleine Mannschaft der FPÖ Neuhofen nicht mehr in der Lage, die möglichen Gemeinderatssitze (inkl. Stellvertreter und Ausschußmitglieder) nach der nächsten Wahl zu besetzen. Wenn sich keine neuen Mitstreiter finden, **werden wir zur Gemeinderatswahl nicht antreten**. Sie können dann in Neuhofen nicht mehr FPÖ wählen. Wer dies verhindern möchte, muß **aktiv werden**. JETZT! Reden ist Silber – Handeln ist Gold! **Machen Sie mit**, melden Sie sich bei uns! E-Mail: office@fpoe-neuhofen.at oder Tel. 0699/10 72 04 94. **JETZT!**